

Der Petrodollar – Der US-saudische Deal, der die Welt ruinierte

10. März 2025 | Daragh Cogley

„Ich fahre nach Saudi-Arabien. Ich habe einen Deal mit Saudi-Arabien abgeschlossen. Normalerweise würde ich zuerst nach Großbritannien fahren. Als ich das letzte Mal in Saudi-Arabien war, haben sie 450 Milliarden Dollar bereitgestellt. Ich sagte mir: Nun, diesmal sind sie reicher geworden, wir sind alle älter geworden, also sagte ich: Ich komme, wenn ihr 1 Billion Dollar an US-Unternehmen zahlt, also den Kauf von 1 Billion Dollar über einen Zeitraum von vier Jahren, und sie haben dem zugestimmt. Also werde ich dorthin reisen. Ich habe ein hervorragendes Verhältnis zu ihnen, und sie waren sehr freundlich, aber sie werden viel Geld an amerikanische Unternehmen geben, um militärische Ausrüstung und viele andere Dinge zu kaufen. (Präsident Donald Trump, 7. März 2025)

Welche Bedeutung haben die Beziehungen zwischen den USA und Saudi-Arabien in der Weltwirtschaft? Sie basieren auf den beiden Dingen, die die Wirtschaft zum Laufen bringen – Geld und Öl.

Die „Petrodollar“-Vereinbarung zwischen den USA und Saudi-Arabien stützt seit fast fünf Jahrzehnten die wirtschaftliche und militärische Macht der USA. Im Wesentlichen werden Ölexporte aus Saudi-Arabien (und später aus der OPEC insgesamt) seit 1974 in US-Dollar abgerechnet, was eine konstante weltweite Nachfrage nach dem Dollar und US-Staatsanleihen sicherstellt.

Dieses Währungssystem bildet das verborgene Rückgrat eines Netzwerks von Folgen – vom US-Imperialismus und geopolitischen Manövern bis hin zu Umweltzerstörung und extremer Vermögensanhäufung. Heute werden rund 80 Prozent der weltweiten Öltransaktionen immer noch in US-Dollar abgewickelt, was den anhaltenden Einfluss des Petrodollar-Systems verdeutlicht. Im Folgenden analysieren wir die historischen Ursprünge des Petrodollars, erklären, wie dieses Währungssystem zu einer Grundursache wurde, die Finanzen mit Geopolitik und ökologischer Krise verknüpft, und diskutieren vorgeschlagene Alternativen wie die Moderne Geldtheorie (MMT), die diesen Kreislauf durchbrechen könnten.

1. Hintergrund

Nach dem Zweiten Weltkrieg etablierte das Bretton-Woods-System (1944) den US-Dollar als weltweite Leitwährung, die an Gold gebunden war, was die wirtschaftliche Vorherrschaft der USA festigte. Doch 1971 sah sich die USA mit wachsenden Handelsdefiziten und schwindenden Goldreserven konfrontiert, da Länder versuchten, US-Dollar gegen Gold einzutauschen, das sie gar nicht besaßen. US-Präsident Nixon beendete daraufhin die Konvertibilität des Dollars in Gold – ein Schritt, der die Vorherrschaft des Dollars bedrohte.

Die Lösung fand sich im Öl: 1974, ein Jahr nach der Ölkrise, schlossen Washington und Riad ein entscheidendes Abkommen (das bis 2016 geheim gehalten wurde), das sicherstellte, dass saudisches Öl ausschließlich in Dollar gehandelt wurde. Im Gegenzug gewährten die USA Saudi-Arabien mili-

tärischen Schutz und lukrative Waffenverkäufe, und die saudischen Führer investierten ihre Öleinnahmen in US-Staatsanleihen und amerikanische Unternehmen. Diese Vereinbarung zwischen den USA und Saudi-Arabien legte den Grundstein für das Petrodollar-System und verband den weltweit am häufigsten gehandelten Rohstoff (Öl) fest mit der US-Währung.

Der Zeitpunkt war entscheidend. Das Ölembargo von 1973 hatte die Ölpreise von etwa 3 auf 12 Dollar pro Barrel vervierfacht und damit eine weltweite Energiekrise ausgelöst. Die USA versuchten, diese „Ölwaffe“ zu zähmen, indem sie die Ölexporte an den Dollar banden – und machten so die Petrodollars zu einer Säule der finanziellen Macht der USA. Bis Ende der 1970er Jahre folgten die meisten OPEC-Produzenten diesem Beispiel und handelten Öl gegen US-Dollar, wobei überschüssige Petrodollars in westliche Banken und US-Schulden flossen. Diese Rückführung von Öleinnahmen in die amerikanischen Märkte stützte die US-Haushaltsdefizite und trug zur Finanzierung der Ausgaben des Kalten Krieges bei.

Tatsächlich akzeptierten die Öl exportierenden Nationen Dollar (die sie oft in den USA investierten) im Austausch für Sicherheitsgarantien und Zugang zu amerikanischen Gütern und Technologien. Die langfristigen Auswirkungen waren tiefgreifend: Der Dollar wurde zur Standardwährung für den globalen Ölhandel, was seinen Status als Reservewährung stärkte und es den USA ermöglichte, ihre wirtschaftliche und militärische Vorherrschaft „fast schon als Selbstverständlichkeit“ aufrechtzuerhalten. Diese Petrodollar-Ordnung ist bis heute weitgehend intakt geblieben und verankert die Dominanz der USA in der Weltwirtschaft.

2. Das Geldsystem als Ursache

Das Petrodollar-System festigte die weltweite Währungsvorherrschaft des US-Dollars und ermöglichte es den USA, einen überproportionalen Einfluss auszuüben, ohne den typischen Einschränkungen zu unterliegen, denen andere Nationen ausgesetzt sind. Da Länder weltweit Dollar benötigen, um Öl zu kaufen, halten sie riesige USD-Reserven und investieren in US-Vermögenswerte (wie Staatsanleihen), wodurch die US-Defizite finanziert werden und die amerikanischen Zinssätze niedriger bleiben, als sie es sonst wären. Praktisch bedeutet dies, dass die USA die Druckerpressen laufen lassen – oder genauer gesagt, die Geldmenge ausweiten – können, um Staatsausgaben (Militär, Infrastruktur usw.) zu finanzieren, ohne eine Hyperinflation auszulösen, da die überschüssigen Dollar im Ausland zur Deckung von Handels- und Reservebedürfnissen absorbiert werden. Dieses einzigartige Privileg, oft als „exorbitantes Privileg“ bezeichnet, ist die Wurzel vieler nachfolgender geopolitischer und wirtschaftlicher Dynamiken.

Allgemeiner betrachtet ist der moderne Geldschöpfungsprozess selbst ein wesentlicher struktureller Treiber. In den meisten Industrieländern wird Geld vorwiegend durch die Kreditvergabe privater Banken geschaffen und nicht durch die Prägung von Bargeld durch Regierungen. Etwa 97 Prozent des im Umlauf befindlichen Geldes werden von Geschäftsbanken geschaffen, wenn sie Kredite vergeben (z. B. durch die Gewährung von Darlehen), während nur etwa 3 Prozent physisches Bargeld von Zentralbanken sind.

Schuldgeld ist mit einem eingebauten Wachstumszwang verbunden: Banken schaffen Geld durch die Vergabe von Krediten, die mit Zinsen zurückgezahlt werden müssen, was bedeutet, dass die Gesamtverschuldung ständig das zur Rückzahlung verfügbare Geld übersteigt. Es müssen ständig neue Kredite geschaffen werden, damit die Kreditnehmer die Mittel erhalten, die sie benötigen, um

die Zinsen für die Kredite von gestern zu bezahlen. Wenn diese Expansion ins Stocken gerät, ist das Ergebnis eine Kontraktion – Kreditausfälle, Insolvenzen und Rezession –, da in unserem zinsbasierten System „ein wachsender Kreditvolumen erforderlich ist, um das System reibungslos am Laufen zu halten“ und einen Kettenzusammenbruch zu vermeiden.

Jem Bendell, Autor von „Breaking Together“, bezeichnet dieses Phänomen als den „Imperativ des monetären Wachstums“, wonach die Wirtschaft „wachsen muss, ob die Gesellschaft dies nun will oder nicht“, allein schon um die Schuldenlast zu bedienen. Mit anderen Worten: Ein kontinuierliches BIP-Wachstum ist strukturell erforderlich, um das Geldsystem aufrechtzuerhalten.

Diese Dynamik hat eine finanzialisierte Wirtschaft hervorgebracht, in der Spekulation oft Vorrang vor Produktion hat. Angesichts der lockeren Kreditvergabe und der Fülle an Petrodollars, die durch die globalen Märkte schwappen, neigt das Kapital dazu, schnelle Renditen über Finanzinstrumente anzustreben, anstatt in langfristige produktive Investitionen zu fließen.

Privatbanken, die auf sichere Gewinne aus sind, schaffen unverhältnismäßig viel Geld für Vermögenswerte wie Immobilien und Aktien (was Preisblasen anheizt), anstatt Kredite an das verarbeitende Gewerbe oder lokale Unternehmen zu vergeben. Infolgedessen entstehen riesige Vermögensblasen, von denen die Superreichen profitieren, während die produktiven Sektoren relativ unterfinanziert bleiben. Die Anreize des Geldsystems begünstigen somit eher die Wall Street als die Main Street – indem Schulden genutzt werden, um den Reichtum derjenigen an der Spitze zu vergrößern.

Darüber hinaus zwingt der ständige Druck, eine Kontraktion zu vermeiden, Regierungen dazu, Maßnahmen zur Wachstumsförderung (oft gemessen am steigenden BIP) vorrangig zu behandeln, manchmal auf Kosten sozialer oder ökologischer Erwägungen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das durch den Petrodollar gestützte Schuldgeldsystem Kreisläufe erzeugt, die sich selbst verstärken: Die USA können die Welt mit Dollars überschwemmen, um ihre Dominanz aufrechtzuerhalten, und weltweit treibt das Streben nach Dollar-Gewinnen spekulative Finanzgeschäfte und eine Mentalität des Wachstums um jeden Preis an. Dies hat viele Folgewirkungen – vom militärischen Interventionismus bis hin zum ökologischen Übermaß (Overshoot).

3. Imperialismus und Geopolitik

Die Kontrolle über das internationale Währungssystem, das auf dem Petrodollar basiert, hat die imperiale Reichweite der USA und den Ausbau ihres militärisch-industriellen Komplexes unmittelbar ermöglicht. Da ausländische Regierungen Dollar halten müssen, tragen sie durch den Kauf von US-Staatsanleihen effektiv zur Finanzierung der Defizit Ausgaben der USA bei – einschließlich des Pentagon-Budgets. Diese Wiederverwendung von Petrodollars ermöglichte es Amerika, eine „Guns-and-Butter“-Politik zu betreiben (die gleichzeitige Finanzierung von Kriegshandlungen und innenpolitischen Programmen), ohne sich selbst in den Bankrott zu treiben.

Petrodollar-Zuflüsse haben ausdrücklich US-Waffenexporte und Militärhilfe finanziert, insbesondere im Nahen Osten. So haben beispielsweise reiche Golfstaaten wie Saudi-Arabien im Laufe der Jahre Hunderte von Milliarden für amerikanische Waffen ausgegeben und ihre Öleinnahmen zurück in US-Rüstungsunternehmen geleitet. Diese **Symbiose** festigte eine regionale Sicherheitsarchitektur

mit den USA als Garant – zum Schutz befreundeter Ölmonarchien im Austausch für deren Loyalität gegenüber dem Dollarsystem.

Die USA haben ebenfalls ihre wirtschaftliche und militärische Macht eingesetzt, um Herausforderungen an diese Ordnung zu unterdrücken. Während des Kalten Krieges wurden panarabische und sozialistisch orientierte Bewegungen im Nahen Osten – die darauf abzielten, arabische Staaten zu vereinen oder eine unabhängige Wirtschaftspolitik zu verfolgen – als Bedrohung für die „lebenswichtigen wirtschaftlichen Interessen“ der USA angesehen (d. h. den Zugang zu Öl zu US-Bedingungen). Die Eisenhower-Doktrin (1957) richtete sich ausdrücklich gegen Ägyptens Gamal Abdel Nasser und andere arabische Nationalisten, um die arabische Einheit zu spalten und pro-westliche Regime an der Macht zu halten. Diese Strategie „säte Zwietracht in den arabischen Reihen, löste einen erbitterten arabischen Kalten Krieg aus“ und untergrub alle gemeinsamen Bemühungen der Öl produzierenden Nationen, einen eigenständigen Kurs einzuschlagen.

Später, als einzelne Staatschefs versuchten, das Petrodollar-System zu umgehen, sahen sie sich oft harten Repressalien ausgesetzt. Insbesondere stellte Iraks Saddam Hussein im Jahr 2000 auf den Verkauf von Öl in Euro um, und Libyens Muammar Gaddafi schlug eine goldgedeckte afrikanische Währung vor – Schritte, die US-geführte militärische Interventionen nach sich zogen, die sie von der Macht entfernten, zusammengefasst in dem berühmten Video, in dem Hillary Clinton auf Gaddafis Ermordung reagiert „Wir kamen, wir sahen, er starb“. Auch wenn bei diesen Konflikten viele Faktoren eine Rolle spielten, war die Botschaft klar: Die USA würden keine Herausforderungen an die Dominanz des Dollars auf den Ölmärkten dulden.

Die Bündnisse der USA in der Region spiegeln zudem die Geopolitik der Petrodollars wider. Israels Rolle als wichtiger Verbündeter (und militärischer Stützpunkt) der USA im Nahen Osten wurde in hohem Maße durch US-Dollar finanziert – die USA haben Israel seit 1959 über 250 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt, wobei seit Beginn des Völkermords in Gaza beispiellose Militärhilfe in Höhe von mehr als 20 Milliarden Dollar an Israel gesendet wurde. Diese Unterstützung, die zum Teil durch die fiskalische Freiheit Amerikas im Rahmen des Petrodollar-Systems ermöglicht wird, sichert Israels qualitativen militärischen Vorsprung und den Einfluss der USA auf die politische Entwicklung der Region. Umgekehrt wurden ölreiche Länder, die sich der US-Hegemonie widersetzen (Iran, Venezuela), durch Sanktionen isoliert, die die zentrale Rolle des Dollars im globalen Finanzwesen nutzen.

In jüngerer Zeit konnten die USA außerordentliche Summen für weit entfernte Konflikte bereitstellen – so hat der Kongress beispielsweise seit 2022 Hilfgelder in Höhe von über 175 Milliarden Dollar für die Ukraine bewilligt –, ohne dass dies unmittelbar nennenswerte wirtschaftliche Auswirkungen im eigenen Land hatte. Dieses Ausgabenniveau (für die meisten Länder undenkbar) wird durch den Status des Dollars als Reservewährung und die Fähigkeit der Federal Reserve gestützt, Geld zu schaffen, das von der Welt aufgenommen wird.

Kurz gesagt: Die durch den Petrodollar gestützte Währungsordnung wirkt als Kraftverstärker für die imperiale Strategie der USA: Sie finanziert ein globales Netzwerk aus Hunderten von Stützpunkten im Ausland und Stellvertreterkriegen und verschafft Washington eine mächtige wirtschaftliche Waffe (die Kontrolle über dollarbasierte Transaktionen), um Verbündete zu belohnen und Gegner zu bestrafen. Das Ergebnis ist eine geopolitische Landschaft, in der sich die militärische und

die Währungsvorherrschaft der USA gegenseitig verstärken, oft auf Kosten der Souveränität kleinerer Nationen.

Tatsächlich ist es das auf Schulden basierende Geldsystem, das viele Entwicklungsländer in einem Kreislauf aus Kreditaufnahme und Exportabhängigkeit gefangen hält, der oft durch internationale Finanzinstitutionen und Handelsabkommen erzwungen wird. Unter dem derzeitigen System stehen Länder des Globalen Südens unter dem Druck, Rohstoffe (Öl, Mineralien, Getreide) zu fördern und zu exportieren, um die Devisen zu verdienen, die für den Schuldendienst und die Bezahlung von Importen benötigt werden – wodurch sie den wohlhabenden Lebensstil anderswo auf Kosten der lokalen Ökosysteme subventionieren. Tatsächlich schafft unser „schuldenbasiertes Währungssystem“ einen eingebauten Anreiz für einen „weltweiten Exportkrieg“, in dem Nationen um Exportmärkte konkurrieren müssen, um schuldenfreie Einnahmen zu erzielen. Dieser Vermögens-transfer erfolgt über verschiedene Mechanismen, vor allem über Schulden- und Preisunterschiede im internationalen Handel, die zu ungleichen Tauschverhältnissen führen. Laut einer Studie von Hickel et al. aus dem Jahr 2022 führte dies allein zwischen 1990 und 2015 zu einem Vermögensabfluss aus dem Süden in Höhe von insgesamt 242 Billionen US-Dollar, was einem Viertel des BIP des Nordens entspricht.

4. Umwelt- und Wirtschaftsfolgen

Dieses schuldenfinanzierte, wachstumsorientierte Petrodollar-System hat zudem zur Umweltzerstörung beigetragen und eine von fossilen Brennstoffen abhängige Weltwirtschaft zementiert. Dieses System schafft implizit Anreize für einen hohen Ölverbrauch: Ölexportierende Nationen verdienen Dollar und investieren in Wachstum, während Öl importierende Länder Wachstum benötigen, um sich steigende Energieimporte leisten zu können. Infolgedessen haben sich die weltweiten Energie- und Wirtschaftsstrukturen nur langsam verändert. Im Jahr 2022 stammen immer noch etwa 80 Prozent der weltweiten Primärenergie aus fossilen Brennstoffen – eine Zahl, die untrennbar mit dem Erbe der Petrodollar-Ära verbunden ist.

Es besteht eine gut dokumentierte 1:1-Kopplung zwischen dem globalen BIP und dem globalen Energieverbrauch, insbesondere dem Verbrauch fossiler Brennstoffe. Tatsächlich bedeutete Wirtschaftswachstum, mehr Öl, Gas und Kohle zu verbrennen, was zu steigenden CO₂-Emissionen führte. Unter dem derzeitigen System stürzt die Weltwirtschaft in eine Krise, wenn wir „das globale Wirtschaftswachstum nicht bei mindestens 3 Prozent pro Jahr halten“, wodurch sich die Wirtschaftsleistung etwa alle 20 Jahre verdoppelt. Dieses Gebot des exponentiellen Wachstums kollidiert mit der Realität eines endlichen Planeten. Es führt zu einer immer weiter zunehmenden Ausbeutung natürlicher Ressourcen und immer mehr Abfall (Treibhausgase, Umweltverschmutzung), da Effizienzsteigerungen allein den Anstieg des Gesamtressourcenverbrauchs nicht aufhalten haben – aufgrund des Jevonschen Paradoxons und des Wachstumsparadigmas.

Entscheidend ist, dass das Gebot des Geldmengenwachstums die Bemühungen um einen Übergang zur Nachhaltigkeit untergräbt. Wie Bendell feststellt, lässt unser auf Schulden basierendes Geldsystem „keine stationäre Wirtschaft zu“ – es „verhindert buchstäblich eine wirksame Eindämmung des Klimawandels ... ohne eine Währungsreform“. Regierungen stehen unter dem Druck, das kurzfristige BIP zu maximieren (um Schulden zu bedienen und Arbeitsplätze zu erhalten), wobei sie oft der Vermögensanhäufung der Elite durch überhöhte Vermögenspreise, destruktives Wirtschaftswachstum und Konsumwut Vorrang vor dem Umweltschutz einräumen.

Das Petrodollar-System verstärkt dies noch, indem es eine auf fossilen Brennstoffen basierende Entwicklung fördert; Länder, die schneller wachsen (und einen hohen Energieverbrauch haben), häufen mehr Dollar an, während diejenigen, die versuchen, den Verbrauch fossiler Brennstoffe einzudämmen, nach den derzeitigen Maßstäben wirtschaftliche Stagnation riskieren. Unterdessen hatten ölreiche Staaten kaum Anreize, ihre Wirtschaft von Kohlenwasserstoffen weg zu diversifizieren, solange die Öleinnahmen ihre geopolitische Stellung sichern.

Das Ergebnis ist ein Teufelskreis: Schulden treiben das Wachstum an, Wachstum treibt die Verbrennung fossiler Brennstoffe an, und fossile Brennstoffe verschärfen den Klimawandel und die ökologischen Schäden. Wie ein Kommentator es formulierte: „Das amerikanische Imperium ist untrennbar mit fossilen Brennstoffen verbunden, und um den Klimawandel einzudämmen, muss es ein Ende finden.“ Mit anderen Worten: Echte Umweltlösungen erfordern eine Auseinandersetzung mit dem politisch-wirtschaftlichen System, das die Dominanz fossiler Brennstoffe aufrechterhält.

Die Verknüpfung mit dem Petrodollar erklärt auch die zögerliche globale Reaktion auf den Klimawandel. US-Politiker (und andere wichtige Akteure der Ölbranche) haben sich oft dagegen gesträubt, die Dekarbonisierung voll und ganz zu unterstützen – nicht nur wegen der Lobbyarbeit der Ölindustrie, sondern auch, weil eine Abkehr vom Öl die Grundlage der Dollar-zentrierten Weltordnung bedroht. Eine Welt, die weniger vom Öl abhängig ist, könnte die automatische Nachfrage nach dem US-Dollar untergraben und damit die Finanzmacht der USA schwächen. Tatsächlich weisen Analysten darauf hin, dass eine deutliche Verringerung des Ölhandels durch erneuerbare Energien und Elektrifizierung in den kommenden Jahrzehnten „letztendlich zu einem Rückgang der Petrodollar-Ströme führen“ und die globale Stellung des Dollars schwächen könnte.

Die Klimakrise und das Petrodollar-System sind somit miteinander verflochtene Herausforderungen. Derselbe Schulden-Wachstums-Motor, der im 20. Jahrhundert das BIP (und den Reichtum der Elite) ankurbelte, treibt den Planeten nun in den ökologischen Zusammenbruch, indem er unaufhörliches Wachstum zur Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität macht. Diesen Kreislauf zu durchbrechen ist nicht nur aus ökologischen Gründen unerlässlich, sondern auch, um die Volkswirtschaften von dem zu befreien, was Jason Hickel als „die Logik des endlosen Wachstums“ bezeichnet, die sich über die Grenzen unseres Planeten hinwegsetzt.

5. Alternative Lösungen und MMT

Um diese eng miteinander verflochtenen Probleme anzugehen, muss das Geldsystem selbst neu überdacht werden. Eine Reihe von Ökonomen und Wissenschaftlern hat Lösungen vorgeschlagen, um den Wachstumszwang zu beseitigen und das Finanzwesen in den Dienst der Menschen und des Planeten zu stellen, anstatt nur einer kleinen Elite. Ein Ansatz besteht darin, von einer privat kontrollierten, schuldenbasierten Geldschöpfung zu einem demokratisch verwalteten Geldsystem überzugehen, das für öffentliche Zwecke eingesetzt werden kann. Anstatt sich bei der Geldschöpfung auf Geschäftsbanken zu verlassen, die das Geld in Spekulationen oder Immobilienblasen lenken, könnte der Staat neues Geld schaffen und direkt in die Realwirtschaft investieren, um nützliche Projekte wie erneuerbare Energien, öffentliche Infrastruktur, Gesundheitswesen und Bildung zu finanzieren. Ein solches System von Staatsgeld (manchmal auch als „grüne quantitative Lockerung“ oder öffentliches Bankwesen bezeichnet) würde Liquidität dort bereitstellen, wo sie für soziale und ökologische Ziele benötigt wird, anstatt riesige Vermögensblasen aufzublähen, von denen nur die Superreichen profitieren.

Die Geldmenge könnte kontrolliert wachsen oder schrumpfen, um gesellschaftlichen Bedürfnissen gerecht zu werden, ohne dass eine destruktive, immer weiter steigende Verschuldung notwendig wäre. Bemerkenswert ist, dass der Vorschlag nicht darin besteht, dass die Regierung unbegrenzt Geld druckt, sondern dass verzinsliche Bankkredite durch schuldenfreie öffentliche Ausgaben als primären Weg für die Inverkehrbringung von neuem Geld ersetzt werden. Diese Idee geht auf Denker wie Samir Amin zurück, der dafür plädierte, die Entwicklungsländer von den Diktaten der westlichen Finanzwelt zu „entkoppeln“, um eine selbstbestimmte Entwicklung zu verfolgen. Durch die Rückeroberung der Währungshoheit – sei es durch die Verstaatlichung der Kreditvergabe oder durch regionale Alternativen zum Dollarsystem – könnten Länder in langfristigen Wohlstand und Nachhaltigkeit investieren, ohne in der Falle von auf Dollar lautenden Schulden und einer Politik des Wachstums um jeden Preis gefangen zu sein.

Die Moderne Geldtheorie (MMT) bietet eine weitere Perspektive für Lösungen, insbesondere für fortgeschrittene Volkswirtschaften wie die USA und solche, die über eine eigene Währung verfügen. MMT-Ökonomen (z. B. Stephanie Kelton, Fadhel Kaboub) argumentieren, dass einem souveränen Staat in seiner eigenen Fiat-Währung nicht das Geld ausgehen kann, so wie es bei einem Haushalt oder einem Unternehmen der Fall sein kann. Wie Kelton es ausdrückt: Für ein Land, das seine eigene Währung ausgibt, besteht niemals die Gefahr, dass die Verschuldung außer Kontrolle gerät, da es jederzeit Geld schaffen kann, um seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Die wirklichen Grenzen sind nicht finanzieller, sondern ressourcenbasierter Natur – Inflation entsteht nur, wenn die Staatsausgaben die Gesamtnachfrage über die Produktionskapazität der Wirtschaft (Arbeitskräfte, Materialien, Technologie) hinaus treiben. Diese Sichtweise legt nahe, dass knappe Finanzmittel kein Hindernis für die Bewältigung von Problemen wie Armut, Infrastruktur oder Klimawandel sind; was benötigt wird, sind politischer Wille und ein umsichtiges Management der realen Ressourcen.

Beispielsweise könnten die USA oder jedes andere Land, das Geld emittiert, unter Anwendung des MMT-Konzepts einen „Green New Deal“ – also massive Investitionen in saubere Energie, den öffentlichen Nahverkehr und grüne Arbeitsplätze – durch die Ausgabe von Geld finanzieren, ohne zuvor Steuern erheben oder Kredite aufnehmen zu müssen, solange ungenutzte Ressourcen (wie arbeitslose Arbeitskräfte usw.) in Arbeit gebracht werden.

Weit davon entfernt, eine galoppierende Inflation auszulösen, würden solche Ausgaben die Produktionsleistung und die Nachhaltigkeit steigern, und jeglicher Inflationsdruck kann über Steuern oder andere Instrumente gesteuert werden. MMT hebt auch hervor, dass währungssouveräne Regierungen weder auf das Recycling von Petrodollars noch auf Auslandskredite angewiesen sind, um sich zu finanzieren; ihre Ausgaben werden durch das begrenzt, was mit ihrer eigenen Währung gekauft werden kann, nicht durch Devisen. Dies untergräbt die Begründung für die Aufrechterhaltung von Strukturen wie dem Petrodollar – wenn sich die USA Investitionen in erneuerbare Energien und Sozialprogramme ohne das Recycling saudischer Petrodollars leisten können, könnte dies die strategische Fixierung auf die Öl-basierte Vorherrschaft des Dollars verringern.

Schlussfolgerung

Der US-saudische Petrodollar-Deal der 1970er Jahre schuf einen sich selbst verstärkenden Kreislauf, der die globale Politik, die Wirtschaft und die Umwelt auf weitreichende Weise geprägt hat. Er

knüpfte die Geldordnung der Welt an fossile Brennstoffe und die militärische Macht der USA. Der Petrodollar ermöglichte es den amerikanischen Eliten, Reichtum und Macht anzuhäufen unter dem Deckmantel der „Aufrechterhaltung der Liquidität“ für den Welthandel. Die Folgen – imperiale Interventionen, festgefahrene Petro-Staaten, Finanzkrisen und Klimawandel – sind keine isolierten Probleme, sondern unterschiedliche Facetten eines einzigartigen Systems. Das Verständnis der monetären Ursache verdeutlicht, warum Bemühungen, Themen wie endlose Kriege oder CO₂-Emissionen anzugehen, oft auf eine Mauer treffen: Das vorherrschende System wird gebaut, um sich zu erweitern, nicht um Frieden oder planetare Grenzen zu priorisieren.

Wie wir jedoch gesehen haben, ist dieses System nicht unveränderlich. Die Geschichte ist jetzt an einem Wendepunkt, an dem die Dominanz des Petrodollars still und leise herausgefordert wird. China, Russland und andere Nationen experimentieren mit dem Ölhandel in anderen Währungen, und die US-Finanzsanktionen gegen Rivalen haben die Rede von der Entdollarisierung angeregt.

Gleichzeitig treibt die Notwendigkeit des Klimaschutzes die Welt in Richtung erneuerbarer Energien, die auf lange Sicht den Öl-Dollar-Nexus schwächen werden. Diese Trends deuten darauf hin, dass sich der Griff des Petrodollar-Systems in den kommenden Jahren lösen könnte.

Doch einfach den US-Dollar durch eine andere Währung für den Ölhandel zu ersetzen, würde die tieferen Probleme nicht automatisch auflösen – es könnte nur den Machtort verschieben. Die grundlegendere Veränderung, die von den oben zitierten Denkern befürwortet wird, ist die Neugestaltung, wie Geld funktioniert und was es tut. Durch den Übergang zu einer Post-Petrodollar-Ära der genossenschaftlichen Geldpolitik, schuldenfreien öffentlichen Investitionen und einer wirklich nachhaltigen Wirtschaft wird es möglich, die miteinander verbundenen Krisen an ihrer Quelle anzugehen.

Das bedeutet, die Rückkopplungsschleife von Öl, Dollar und Waffen zu durchbrechen und stattdessen Geldinstrumente zu verwenden, um die globale Gerechtigkeit und das ökologische Gleichgewicht zu fördern.

Ein skurriler historischer Pakt

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Petrodollar-Deal nicht nur ein skurriler historischer Pakt war – er war vielmehr der Dreh- und Angelpunkt eines ganzen Welt-Systems, das auf US-Hegemonie, der Bereicherung der Eliten und fossilem Wachstum beruhte und die „große Beschleunigung“ befeuerte, welche die Weltwirtschaft weit über das hinausgetrieben hat, was unser Planet nachhaltig verkraften kann.

Die Erkenntnis, dass das Währungssystem die Wurzel des Imperialismus und des ökologischen Zusammenbruchs ist, ist der erste Schritt hin zur Konzeption neuer Systeme, die Frieden, gemeinsamen Wohlstand und einen lebenswerten Planeten in den Vordergrund stellen. Die Herausforderungen sind immens, aber ebenso groß sind die Möglichkeiten, wenn Geldschöpfung und Ressourcenverteilung wieder für das Gemeinwohl genutzt werden.

Der Niedergang des Petrodollars muss keine Krise sein; er könnte eine Chance sein, einen anderen Kurs für die Weltwirtschaft und die Zukunft der Erde einzuschlagen.